



Geburtsjahr: 1957

Beruf: Fachkrankenpfleger

betriebliche Funktionen:

Betriebsratsvorsitzender,
Konzernbetriebsratsvorsitzender

gewerkschaftliche Funktionen:

Vorsitzender der ver.di-Fachgruppe „Pflege“ im
Bezirk Emscher-Lippe-Nord, Landesbezirk
NRW und auf Bundesebene

weitere Funktionen:

Vorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten,
Kreisvereinigung Recklinghausen e.V.,
Kreistagsabgeordneter

Detlev Beyer-Peters

Grundsätze der Solidaritätsinitiative

“Recklinghausen für Rolf Kohn“

- Die Solidaritätsinitiative wird regelmäßig zu Versammlungen einladen.
- Zwischen diesen Treffen wird ein Aktionskreis gewählt, der die Beschlüsse der Versammlungen umsetzt und die Aktionstätigkeit organisiert.
- Die Solidaritätsinitiative wählt eine/n Sprecher/in. Nur diese/r ist aufgrund der Kompliziertheit der arbeits- und strafrechtlichen sowie politischen Auseinandersetzung – nach vorheriger Abstimmung in der Versammlung bzw. im Aktionskreis – befugt, Erklärungen der Initiative nach außen abzugeben.
- Die Initiative ist parteipolitisch neutral. In ihr sollen alle Bürger(innen) – unabhängig ihrer Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation – mitarbeiten können, wenn sie die Ziele der Solidaritätsinitiative unterstützen. Der Erfolg der Initiative hängt vor allem davon ab, wie viele Menschen sich zur aktiven Mitarbeit und Unterstützung bereit erklären. Die Initiative wird jedem Versuch offensiv entgegen treten, ihr Wirken als Ergebnis einer parteipolitischen Beeinflussung darzustellen oder die Initiative zu parteipolitischen Zwecken zu missbrauchen. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, dass sich Parteien und andere Organisationen den Zielen der Initiative verpflichtet fühlen und sich in ihrem Rahmen um Unterstützung, Beteiligung oder Berichterstattung bemühen. Die freie Meinungsäußerung endet nicht in der Initiative.
- Die Initiative sucht die enge Zusammenarbeit mit der zuständigen Gewerkschaft ver.di im Bezirk Emscher-Lippe-Nord und dem DGB-Bezirk Emscher-Lippe.
- Die Initiative wird nichts unternehmen oder dulden, was zu einer arbeitsrechtlichen Zuspitzung für die Gekündigten (z.B. weitere Kündigungen, Abmahnungen) führen kann.
- Die Initiative wird regelmäßig durch öffentliche Mitteilungen, Flugblätter, und ggf. Plakate, öffentliche Aktionen usw. die Öffentlichkeit über alle Entwicklungen informieren.
- Die Initiative wird solange wirken, wie eine abschließende rechtliche oder politische Entscheidung über die Kündigungen aussteht. Dementsprechend wird die Arbeitsplanung der Initiative zunächst auf anderthalb Jahre ausgerichtet.

Ziele der Solidaritätsinitiative “Recklinghausen für Rolf Kohn“

Die Solidaritätsinitiative hat sich folgende Ziele in folgender Priorität gesteckt:

1. Die Kündigungen der Seniorenzentrum Grullbad gGmbH gegen den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn, das Betriebsratsmitglied Frank Kruczynski und einem weiteren Beschäftigten müssen zurück gezogen werden.
2. Den Gekündigten soll durch eine solidarische Unterstützung Mut gemacht werden, die ihnen aufgezwungene Auseinandersetzung durchzustehen.
3. Zur Erreichung dieser Ziele sollen alle rechtlichen, demokratischen und politischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.
4. Dies wird dazu beitragen, dass betriebliche InteressensvertreterInnen und Gewerkschafter, die sich gegen Missstände in ihrem Betrieb mit zulässigen Mitteln zur Wehr setzen und dabei standhaft bleiben, ebenfalls Mut gemacht und gezeigt wird, dass ein Arbeitgeber nicht alles mit einem machen kann.
5. Wir suchen die Zustimmung und Sympathie der Beschäftigten des SZ Grullbad und der gesamten Öffentlichkeit.
6. In der öffentlichen Meinung wollen wir die Gewissheit verankern, dass es sich bei den Kündigungen nicht um berechnete Kündigungen wegen Vorteilsnahme sondern um politische Kündigungen handelt, die dazu führen sollen, die öffentliche Diskussion um die rechtswidrigen 1-€Jobs und die unsoziale Ausgründung im SZ Grullbad sowie die Rolle des Geschäftsführers der SZ Grullbad und der Vestischen Arbeit, Ulrich Lammers, zu beenden.
7. Dementsprechend soll die öffentliche Auseinandersetzung um die rechtswidrigen 1-€Jobs und unsoziale Ausgründung im SZ Grullbad zugespitzt werden und das Risiko bewusst in Kauf genommen werden, dass die Stadt Recklinghausen versucht, die Auseinandersetzung auf strafrechtlichem statt politischem Wege gegen die Initiative zu lösen.